



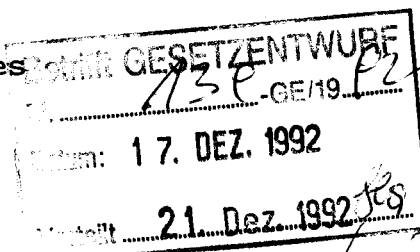
Wiener Patienten-anwaltschaft

Wien, 15. DEZ. 1992

WPA Ges-4/29

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 Wien



Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Krankenanstaltengesetz geändert wird -  
Stellungnahme

In der Beilage werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme  
zum gegenständlichen Gesetzesentwurf übermittelt.

Beilage

Prof. Dr. Viktor Pickl  
Der Wiener Patienten-anwalt

Wiener Patienten-anwaltschaft  
Schönbrunner Straße 7  
1040 Wien

Telefon: 587 12 04  
Telefax: 563699





Wiener Patienten-anwaltschaft

Wien,

13. Dez. 1992

WPA Ges-4/92

An das  
Bundesministerium für  
Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

Radetzkystraße 2  
1031 Wien

zu GZ. 21.601/7-II/A/5/92

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Krankenanstaltengesetz geändert wird -  
Stellungnahme

Die Wiener Patienten-anwaltschaft gibt zum vorliegenden Entwurf  
folgende Stellungnahme ab:

#### I.) Grundsätzliches

1.) Die Ergebnisse der bisherigen Arbeit für den Entwurf  
einer Vereinbarung zur Sicherstellung der Patientenrechte  
in Österreich (Österreichische Patientencharta) sollten in  
diesem Entwurf konkretere Beachtung finden.

2.) Nach den Erläuterungen ist die Absicherung der Pati-  
entenrechte im Spitalsbereich ein wesentliches Anliegen dieses  
Entwurfes. In diesem Sinne sollten die Patientenrechte posi-  
tivrechtlich klar und umfassend normiert und nicht in den An-  
staltsordnungen geregelt werden.

3.) Für die "Patientenvertretungen" sollte im Interesse eines  
besseren Zuganges für die Patienten die bundeseinheitliche  
Bezeichnung "Patientenanwälte" vorgegeben werden, wie sie  
in Wien und Kärnten bereits langengesetzlich bestehen. Die  
gleichlautende irreführende Bezeichnung der Vertreter psy-  
chisch Kranker nach dem Unterbringungsgesetz wäre zu ändern.

Wiener Patienten-anwaltschaft  
Schönbrunner Straße 7  
1040 Wien

Telefon: 587 12 04  
Telefax: 56 36 99

- 2 -

Zur Vermeidung unterschiedlicher Rechte und Befugnisse der "Patientenvertretungen" in den einzelnen Ländern - wie sie derzeit bestehen - sollten einheitliche Grundsätze vorgegeben werden.

4.) Soweit der Begriff "Pflegling" verwendet wird, sollte er - weil unzeitgemäß und stigmatisierend - durch den Begriff "Patient" ersetzt werden.

## II.) Zu den einzelnen Bestimmungen:

### 1.) Zu Art. I Z 7 (§ 6 Abs. 3):

Unter Hinweis auf die ho Ausführungen unter I.) 2.) sollte in § 6 Abs. 3 Z 10 die Aufnahme von Kinder-Begleitpersonen, wenn deren Unterbringung möglich ist, festgelegt werden.

### 2.) Zu Art. I Z 11 (§ 8 Abs. 1):

Die Wiener Patientenanwaltschaft geht davon aus, daß der für medizinische Anliegen der Patienten zur Verfügung stehende "Arzt" (Stationsarzt !) ein zur selbständigen Berufsausübung berechtigter Arzt sein soll.

### 3.) Zu Art. I Z 13 (§ 8c):

Die Bestimmungen sollten mit jenen über die Ethikkommission nach dem Arzneimittelgesetz übereinstimmen.

Die Unabhängigkeit der Kommissionen und die Weisungsfreiheit ihrer Mitglieder wäre zu normieren.

- 3 -

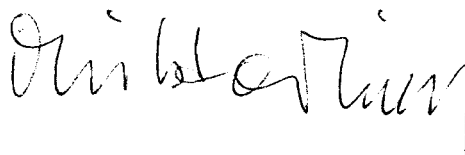
Im Interesse der Rechtssicherheit wäre beim Mitglied "Patientenvertreter" auf § 11 f hinzuweisen.

4.) Zu Art. I Z 15 (§ 10 Abs. 1 Z 1 und 2):

Soferne das Recht auf Ausstellung eines Arztbriefes nicht als Patientenrecht normiert wird, wäre die Ausstellung eines Arztbriefes hier festzuhalten.

Die Vidierung der Krankengeschichten durch den Abteilungsvorstand wäre vorzusehen.

In Abs. 1 Z 4 wäre die kostenlose Übermittlung von Abschriften von Krankengeschichten und ärztlichen Äußerungen über den Gesundheitszustand von Patienten auch an Patientenvertreter im Sinne von § 11 lit. f zu normieren.



Prof.Dr. Viktor Pickl  
Der Wiener Patientenanwalt